

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 6

Artikel: Zweitaufbruch für Portugal?
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094315>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zweitaufbruch für Portugal?

In Portugal könnte es zu einer Revolution von oben kommen, in einer legalen und legitimen Ausgabe. Es scheint, dass der noch amtierende Staatspräsident Eanes die Anstalten dazu trifft.

Steht Portugal vor einem politischen Aufbruch? Jetzt haben Anhänger des Staatspräsidenten, General Ramalho Eanes, eine neue Partei gegründet. Sie nennt sich Demokratische Erneuerungspartei (PRD) und verspricht «neue demokratische Antworten» auf die politische und die wirtschaftliche Krise, die das Land bedrängt.

Einstweilen hat die neue Partei ihr Programm noch nicht präziser formuliert. Möglicherweise



Der abtretende Staatspräsident Ramalho Eanes: mit knapp 50 Jahren noch jung genug für eine zweite Karriere als Regierungschef?

fordert sie am kommenden 25. April die Portugiesen zum Aufbruch auf. Diesen Tag nennt man in Portugal ein historisches Datum. Am 25. April 1974 stürzte die Bewegung der Streitkräfte (MFA) in einem unblutigen Putsch das autoritäre Rechtsregime, und die Portugiesen machten sich Richtung Demokratie auf den Weg «zu neuen Ufern».

In der Folge freilich schlugen die regierenden Politiker und Parteien dann Wege ein, die Portugal eher ins Uferlose geführt haben, und deshalb kann eine Erneuerungspartei bereits wieder mit einem erheblichen Zulauf rechnen. Die hoffnungsvolle Gründung hat einen schon fast desperaten Hintergrund.

Ohne Lohn am Arbeitsplatz

Die Wirtschaftskrise sitzt tief. Zwar ist es der Regierung aus Sozialisten (PSP) und Sozialdemokraten (PSD) mit einem drastischen Sparprogramm gelungen, das jährliche Aussenhandelsdefizit von 3,2 Milliarden Dollar (1982) auf nunmehr 700 Millionen Dollar zu senken, aber dafür galoppiert jetzt die Inflation (30 % pro Jahr), und die Arbeitslosenrate bewegt sich zwischen 10 und 12 Prozent. Seit Monaten erhalten laut einer Schätzung der sozialistischen Gewerkschaft UGT etwa 100 000 Arbeitnehmer (in gut 500 Firmen) keinen Lohn mehr; die kommunistische Gewerkschaft Intersindical fügt dieser Zahl noch weitere 50 000 hinzu.

Die unbezahlten Leute halten weiterhin auf ihren Posten aus, und zwar aus Angst davor, ihre Stelle zu verlieren und ins triste Heer der Arbeitslosen gestossen zu werden. Das seltsam anmutende Beharrungsvermögen erklärt sich aus einem Gesetz, das noch aus der Zeit stammt, als die (alte) Verfassung die Portugiesen auf den «Weg in die klassenlose Gesellschaft» verpflichtete: Es verbietet staatlichen und privaten Arbeitgebern, Personal zu entlassen, es sei

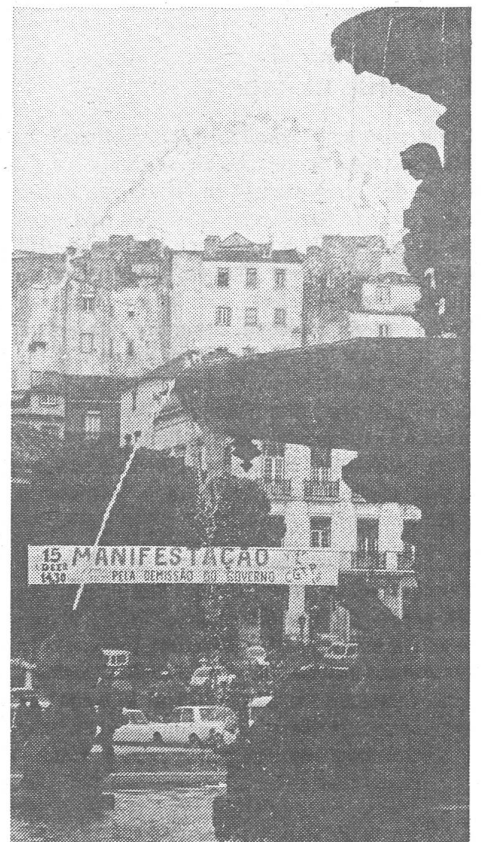
denn, der Angestellte laufe aus seiner Stelle selber davon.

Auf Rückwärtsgang geschaltet

Ein solches Gesetz ist dem Gedeihen sowohl der einzelnen Unternehmen als auch der Volkswirtschaft insgesamt abträglich, denn faktisch wirkt es sich wie ein Veto gegen Modernisierung und Innovationen aus. Tatsächlich schreitet Portugal sowohl industriell als auch landwirtschaftlich rückwärts statt vorwärts. Immer mehr Unternehmen bekunden Mühe, mit ihren Erzeugnissen auf dem westeuropäischen Markt konkurrenzfähig zu bleiben. Und dabei kommt es gerade auf diesen Markt an, das heisst vor allem auf den Markt der Europäischen Gemeinschaft (EG).

Die Beitrittsverhandlungen mit der Gemeinschaft ziehen sich schon jahrelang hin. Die Aufnahme in die EG ist für den 4. Januar 1986 zwar geplant, aber nicht gewährleistet, weil mindestens Griechenland mit Einspruch droht.

Die Regierung von Mario Soares sieht in einem EG-Beitritt so etwas wie einen Rettungsanker. Sie erhofft sich davon wirtschaftliche Wunder und eine Stärkung der traditionellen Bindung Portugals an Europa und übrigens durchaus auch an die atlantische Allianz (Nato). Nur hat der Wunsch seine Zwiespältigkeit, weil man gleichzeitig Hemmungen hat, die internen



Aufruf des prosovjatischen CPC zu einer Demonstration gegen die Regierung. Die Kommunisten unter dem Altstalinisten Alvaro Cunhal sind nicht nur gegen die Nato-Zugehörigkeit Portugals, sondern ausgesprochen auch gegen einen EG-Beitritt.

Westeuropa oder Afrika?

Immer mehr Portugiesen sind enttäuscht von Europa, das heisst von der Europäischen Gemeinschaft (EG). Die ehemalige Kolonialmacht in Guinea-Bissau, den Kapverden, São Tomé und Príncipe, Angola und Moçambique hatte gehofft, 1983 der Gemeinschaft beitreten zu können.

Als neues Beitrittsdatum wird jetzt der 4. Januar 1986 genannt, aber in Lissabon hegt niemand allzu grosse Hoffnungen. Die Verhandlungen mit der EG in Brüssel schleppen sich dahin. Zudem droht Griechenland mit einem Veto.

Die aus Sozialisten und Sozialdemokraten gebildete portugiesische Koalitionsregierung erhofft sich durch die Aufnahme in die EG eine Stärkung der noch jungen demokratischen Institutionen, der Rolle Portugals in der atlantischen Allianz (Nato) – zu dessen Gründungs-

mitgliedern das Land gehört – und vor allem ein wirtschaftliches Wunder.

Indessen ist die ursprüngliche Begeisterung für die Europäische Gemeinschaft verfliegen. Die meisten Portugiesen stehen der EG gleichgültig gegenüber, wie jüngste Umfragen ergaben.

Dafür gewinnt die Idee an Boden, dass Portugals Zukunft nicht in Europa, sondern in Afrika, in den ehemaligen Kolonien liege. Die Beziehungen zum ehemaligen «Ultramar» sind nicht perfekt, aber wesentlich besser als in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit der Kolonien. Nach Angola sind wieder 30 000 Portugiesen zurückgekehrt, und Gaspar da Silva – der zweite Mann im Aussenministerium in Lissabon – meinte jüngst, Zehntausende von Portugiesen würden wieder nach Moçambique und Angola ziehen, wenn dort endlich Frieden einkehrte.

Eine gefährliche Illusion? Nein, heisst es in Lissaboner Regierungskreisen, «denn wir kehren ja nicht als Kolonisatoren zurück, sondern möchten Partner, Helfer sein in einem Teil Afrikas, welchen wir kennen und den wir nach wie vor lieben...».

Konsequenzen zu ziehen. Es gibt ein Einerseits und ein Anderseits.

Einerseits muss das Land wieder vollends zur freien Marktwirtschaft zurückkehren, andererseits widerstrebt es gerade den Sozialisten, dem Parlament die dazu erforderlichen gesetzlichen Massnahmen zu unterbreiten. Sie fürchten, Wählerstimmen zu verlieren. Dieses Jahr stehen nicht nur Gemeindewahlen an; mittels Volkswahl wird auch ein neues Staatsoberhaupt erkoren, und hierbei ist die «selbstverständliche» Regelung heute in Frage gestellt. Ministerpräsident Mario Soares (60) möchte seine lange und bewegte politische Laufbahn mit der Wahl zum Präsidenten krönen. Dazu benötigt er unter anderem die Hilfe des sozialdemokratischen Partners. Aber dieser will einen eigenen Kandidaten aufstellen, und daran könnte letztlich die mittlerweile 20 Monate alte Koalition auseinanderbrechen.

Soares kontra Eanes

Und nun wird diese ohnehin schon delikate Situation durch die eingangs erwähnte neue Parteigründung noch zusätzlich belastet. Das personelle Motiv liegt nahe. Der scheidende Staatspräsident Eanes möchte dem Ministerpräsidenten Soares liebend gerne einen Strich durch die Rechnung ziehen. Die beiden Politiker stehen schon seit Jahren auf Kriegsfuss.

Die Demokratische Erneuerungspartei ist eine höchst heterogene Gruppierung. Sie umfasst ehemalige Militärs so gut wie dissidente Sozialisten, Sozialdemokraten und Christdemokraten, Landbesitzer so gut wie mittelständische

Geschäftsleute, beliebige Berufsleute überhaupt.

Was diese Leute mit Sicherheit eint, ist nur der Respekt, den sie dem Staatspräsidenten entgegenbringen. Ramalho Eanes geniesst wegen seiner bisherigen tadellosen Haltung grosses Ansehen bei den Portugiesen.

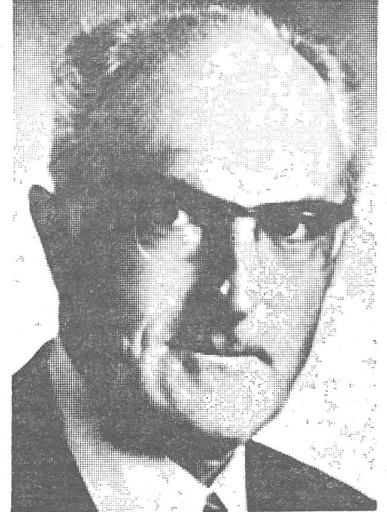
April-Appell?

Das weiss man auch in den übrigen Parteien, die heute teilweise einen etwas abgewirtschafteten Eindruck machen. Vielen Politikern graut vor dem Gedanken, dass Eanes die gegenwärtige 15. Regierung (seit dem Umsturz) wegen «Unfähigkeit» entlassen und das Parlament auflösen könnte. Gemäss Verfassung hat er die Kompetenz dazu. Die Folge wären dann vorzeitige Parlamentswahlen – bei denen seine PRD unter den jetzigen Umständen sehr wahrscheinlich den Sieg davontragen würde.

Sehr wohl denkbar ist es auch, dass die PRD für die Präsidentschaftswahlen einen eigenen Kandidaten aufstellt, natürlich einen Mann von Eanes, und so die Pläne von Soares durchkreuzt. Für Eanes selbst könnten sich neue Perspektiven auftun. Als Staatspräsident kann er zwar nicht mehr kandidieren, weil er die maximal zulässigen zwei Amtsperioden hinter sich hat, aber Ministerpräsident könnte er noch werden. Der kommende 25. April wäre für die Demokratische Erneuerungspartei (und das heisst praktisch für Eanes) das gegebene Datum, die Karten aufzudecken. Dem allfälligen Ruf zu einem neuen politischen Aufbruch dürften viele Portugiesen folgen.

Jacques Baumgartner

Wege und Irrwege in die Zukunft



Das bekannte Buch von Prof. Emil Küng im Paperback.

Ein Buch, das in den «Schulsack» jedes geistig und politisch interessierten Schweizers gehört.

Verlag Hochschule + Gesellschaft, Zürich, 215 Seiten, Fr. 16.–



Bestellschein

Einsenden an:
Verlag Hochschule + Gesellschaft
Postfach 35, 5403 Baden

Senden Sie mir ____ Ex. Küng,
«Wege und Irrwege», à Fr. 16.–

Name und Adresse:

